

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Unterlassene Hilfeleistung beenden – Wirtschaftswende jetzt einleiten – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die wirtschaftliche Lage bleibt weiter angespannt. Nachdem der Internationale Währungsfonds (IWF) als auch der Sachverständigenrat ihre Wachstumsprognosen für 2024 deutlich nach unten korrigiert haben, geht das Handelsblatt-Research Institut sogar davon aus, dass die Wirtschaft auch in diesem Jahr schrumpfen wird. Bereits im vergangenen Jahr 2023 war die Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent gesunken, die Produktion des produzierenden Gewerbes sogar um 1,5 Prozent. Laut Standortranking des IMD ist Deutschland in Sachen Wettbewerbsfähigkeit zuletzt weiter zurückgefallen. Nach Platz 15 im Jahr 2022, belegt Deutschland mittlerweile nur noch Platz 24. Besonders auffällig ist dabei das neuerdings hohe Tempo des Niedergangs: Binnen zweier Jahre hat Deutschland neun Plätze im Standortranking eingebüßt, genau so viel wie in den acht Jahren von 2014 bis 2022. Der Wirtschaftsminister hat schon im Februar davon gesprochen, dass die Zahlen der Wirtschaft „nicht gut“ seien und dem Finanzminister waren die Zahlen sogar „peinlich“.

Entsprechendes politisches Handeln und Gegensteuern fällt trotz mehrfacher Ankündigungen aus. Statt zu reagieren, verharrt die Ampel im Ankündigungsmodus. Sie hat Deutschland auf einen Pfad der Rezession, der Deindustrialisierung und des wirtschaftlichen Abstiegs geführt und ist nicht in der Lage oder Willens, gegenzusteuern. Die Stimmung in der Wirtschaft wird von Woche zu Woche schlechter. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie spricht von „zwei verlorenen Jahren“, und Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer konstatiert: "Der Vertrauensverlust der Politik bei den Unternehmen ist enorm.". Auch steigende Insolvenzen sind ein Warnsignal: Laut Creditreform sind die Insolvenzen im ersten Halbjahr 2024 um fast 30 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum angestiegen. Der höchste Stand seit fast zehn Jahren.

Anträge für eine neue Wachstumsdynamik der Unionsfraktion werden seit Monaten von der Ampel im Ausschuss blockiert und die Beratung der Vorschläge für eine Wirtschafts- und Wachstumswende mit Ampelmehrheit Woche für Woche von der Tagesordnung genommen. Daher bekräftigen wir unsere Forderungen mit diesem Antrag erneut. Deutschland braucht jetzt eine Wirtschafts- und Wachstumswende, eine Offensive für neue Wirtschafts- und Innovationskraft, um die notwendige Dynamik für Deutschland zu entfachen. Es braucht ein Signal an die Unternehmer und Arbeitnehmer in unserem Land. Dazu braucht es nun endlich die richtigen politischen Entscheidungen für die Planungs- und Investitionssicherheit der Wirtschaft. Neben mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Stärkung der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit von Mittelstand und Industrie ist jetzt ein Paket aus Sofortmaßnahmen notwendig, um den

Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern und zu stärken und von der Schlusslicht-Position unter den Industrieländern wieder in eine führende zu gelangen. Auch fiskalisch wäre ein wirksamer Wachstumsimpuls positiv. Wenn Deutschland ein Wachstum wie der Durchschnitt der Eurozonen-Länder verzeichnete, führte allein dies zu deutlichen Mehreinnahmen von ca. 20 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben jährlich.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Interesse der Wirtschaft sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch vor der parlamentarischen Sommerpause wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit die deutsche Wirtschaft schnell aus der Rezession herausfindet, und dazu insbesondere

1. eine Begrenzung der Sozialabgaben bei 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns wie unter der unionsgeführten Bundesregierung wieder einzuführen, um die Arbeitskosten in Deutschland wieder wettbewerbsfähiger zu machen;
2. Überstunden für Vollzeitbeschäftigte steuerlich zu begünstigen, damit sich Mehrarbeit finanziell lohnt;
3. die ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Monat für Rentner steuerfrei zu stellen;
4. das Bürgergeld abzuschaffen und eine neue Grundsicherung einzuführen, um die Arbeitsaufnahme stärker zu fördern als Arbeitslosigkeit;
5. steuerliche Entlastungen für Unternehmen umzusetzen, etwa über eine schrittweise Senkung der Steuern für im Unternehmen verbleibende (thesaurierte) Gewinne auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent;
6. die Stromsteuer dauerhaft und für alle auf das europäische Minimum zu senken (0,05 Cent/kWh) sowie die Netzentgelte schnellstmöglich zu halbieren;
7. die von der Regierungskoalition deutlich erhöhte steuerliche Belastung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe insgesamt auf ein Niveau abzusenken ist, das dem europäischen Durchschnitt entspricht;
8. mehr Flexibilität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu schaffen, indem eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit eingeführt wird, sowie mehr Flexibilität bei der Arbeitszeiterfassung zu ermöglichen;
9. das deutsche Lieferkettengesetz gesetzlich aufzuheben;
10. den mit den Ländern vereinbarten Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung endlich auch gesetzlich vollständig umzusetzen und zu verabschieden und insbesondere bei den Ländern auf eine bundeseinheitliche Einführung einer Baugenehmigungsfiktion hinzuwirken, wonach ein Antrag spätestens drei Monate nach Einreichung der prüffähigen Unterlagen als genehmigt gilt;
11. ein Belastungsmoratorium umzusetzen, mit dem im ersten Schritt bis Ende 2025 keinerlei zusätzliche Bürokratie für Wirtschaft und Bürger entsteht und EU-Vorgaben ausschließlich 1:1 umgesetzt werden;
12. endlich eine Vergaberechtsnovelle vorzulegen, die wirtschaftsfreundlich ausgestaltet ist und u.a. die Schwellenwerte für öffentliche Aufträge heraufsetzt sowie das bereits in früheren Krisen erprobte vereinfachte Vergabeverfahren befristet wieder einzuführen.

Berlin, den [...]

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion